

Offener Brief an den Landtag Mecklenburg-Vorpommern, an die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern, an die Stadtvertretung und den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Schwerin

## **Kein Denkmalschutz für die Lenin-Statue in Schwerin – kein Denkmal für den Ursprung von Gewalt und Unterdrückung**

27.10.2025

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin Hesse,  
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete des Landtages Mecklenburg-Vorpommern,  
sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Schwesig,  
sehr geehrter Herr Stadtpräsident Ehlers,  
sehr geehrte Damen und Herren der Stadtvertretung Schwerin,  
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Badenschier,

mit tiefer Sorge und Unverständnis haben wir erfahren, dass die Lenin-Statue in Schwerin unter Denkmalschutz gestellt werden soll.

Wir appellieren eindringlich an Sie: Verhindern Sie diesen Schritt!

Wladimir Iljitsch Uljanow war kein Vorkämpfer der Freiheit, sondern der Begründer eines totalitären Systems, das auf Gewalt, Unterdrückung und der systematischen Vernichtung politischer Gegner beruhte. Unter seiner Führung begann das, was Millionen Menschen in Europa das Leben kostete: der Rote Terror, die Entrechtung ganzer Völker, die Unterdrückung von Meinungsfreiheit, Religion und Selbstbestimmung.

In der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und späteren DDR setzten sich diese Strukturen fort – auch in Mecklenburg-Vorpommern. Gerade in Schwerin selbst wurden allein im Zeitraum 1950 bis 1953 von einem Sowjetischen Militärtribunal über 100 Todesurteile verhängt. Zu den Opfern dieses Unrechts zählte auch der liberale Student Arno Esch, der 1951 in Moskau hingerichtet wurde, nur weil er für Freiheit und Demokratie eintrat. Eine Lenin-Statue unter Denkmalschutz zu stellen bedeutet für die noch heute lebenden, ehemals zu Unrecht eingekerkerten Menschen und ihre Angehörigen eine unerträgliche Verhöhnung ihrer Leiden. Wir sollten diesen mutigen Menschen gedenken, die für Freiheit, Recht und Menschenwürde standen. Nicht dem Mann, in dessen Schatten sie ermordet wurden.

Bei der Denkmalbewertung durch die obere Denkmalbehörde Mecklenburg-Vorpommerns, das Landesamt für Kultur und Denkmalpflege, wird aus unserer Sicht die Opferperspektive nur sehr unzureichend berücksichtigt. Seit Jahrzehnten fordern Verbände von Opfern der kommunistischen Gewaltherrschaft, die Lenin-Statue in Schwerin zu entfernen oder wenigstens nicht staatlich zu ehren. Sie sehen in ihr ein Symbol der Unterdrückung, nicht der Befreiung. Ihre Forderungen ernst zu nehmen, wäre ein Akt des Respekts, der Menschlichkeit und der historischen Verantwortung.

Gerade jetzt, da Russland unter Wladimir Putin erneut Krieg führt, Nachbarländer überfällt und die Ukraine in Schutt und Asche legt, ist die Unterschützstellung einer Lenin-Statue mehr als nur unsensibel. Putins Bomben auf Charkiw und Cherson, die Deportationen ukrainischer Kinder, die Zerstörung von Städten, Kulturstätten und Leben sind Ausdruck jenes imperialen Denkens, das seine Wurzeln im leninistischen und stalinistischen Russland hat. Deshalb wäre der Denkmalschutz für die Lenin-Statue ein Schlag ins Gesicht all jener, die heute unter der gleichen Ideologie der Gewalt und des Imperialismus leiden, die einst mit Lenin begann. Für die Menschen in Kyjiw, Riga, Vilnius oder Tallinn – Städte, in denen Lenin-Statuen bewusst entfernt wurden, um sich von der sowjetischen Diktatur zu emanzipieren – wäre es schwer nachvollziehbar, wenn ausgerechnet in Mecklenburg-Vorpommern ein Symbol dieser Gewaltherrschaft als „denkmalwürdig“ erklärt würde.

Der Historiker und diesjährige Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels, Karl Schlögel, hat früh und klar vor der Wiederkehr dieses russischen Imperialismus gewarnt. Er mahnt, dass Europa sich seiner Geschichte stellen muss und dass das Wegsehen gegenüber den Verbrechen der Vergangenheit den Boden für neues Unheil bereitet. Wer heute eine Lenin-Statue als Denkmal schützt, hat diese Mahnung nicht verstanden.

Mecklenburg-Vorpommern hat in den vergangenen Jahren mit seiner allzu großen Nähe zu russischen Interessen bereits Vertrauen verspielt. Umso wichtiger ist es jetzt, glaubwürdig zu zeigen, dass dieses Land auf der Seite der Freiheits- und Widerstandskämpfer, der Opfer des Unrechts und der historischen Wahrheit steht.

Wir appellieren an Sie:  
Ehren Sie nicht Lenin, ehren Sie Arno Esch.  
Nicht den Täter, sondern die Opfer.  
Nicht die Diktatur, sondern den Mut zur Freiheit.

Wir wollen Geschichte nicht entsorgen. Daher regen wir an, die Lenin-Statue zu entfremden, mit Pflanzen überwuchern zu lassen oder mit entsprechenden Hinweistafeln im Innenhof des ehemaligen KGB-Gefängnisses am Demmlerplatz in Schwerin aufzustellen.

Mit Nachdruck und in Verantwortung für die Geschichte, die Würde der verfolgten Freiheits- und Widerstandskämpfer sowie der Opfer des kommunistischen Terrors,

**Der Vorstand von MEMORIAL Deutschland e.V.**

**Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V.**

**Stefan Krikowski, Vorsitzender der Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion e.V.**

**Arndt Müller, Mitglied der Stadtvertretung Schwerin (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/Die PARTEI)**

**Dr. Ilko-Sascha Kowalczuk, Historiker**

**Marko Martin, Schriftsteller**

**Dr. Burkhard Veigel, Arzt, Fluchthelfer, Schriftsteller**

**Frieder Wirth, GULAG-Zeitzeuge, Workuta-Häftling von 1952 - 1956**

**Grit Poppe, Autorin**

**Gunnar Senst, Beisitzer im Vorstand der Arno Esch Stiftung e.V.**

**Johann-Georg Jaeger, Ehemaliges Mitglied des Landtages Mecklenburg-Vorpommern  
(Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)**

**Alexander W. Bauersfeld, ehemaliger politischer Häftling der sozialistischen DDR-Diktatur**

**Dr. Meinhard Stark, Historiker und Journalist, Autor mehrerer Bücher über den GULAG**

**Dr. Peer Lange, ehem. und wg. 'politischer Repression' rehabilitierter GULAG-Häftling**

**Dr. Klaus-Rüdiger Mai, Schriftsteller, Historiker, Publizist**

**Peter Wensierski, Autor, Journalist und Dokumentarfilmer**

**Dr. Bert Pampel, Leiter der Dokumentationsstelle Dresden / Stiftung Sächsische  
Gedenkstätten**

**Dr. Karl-Konrad Tschäpe, Historiker**

**Gisela Rüdiger, Vorstand "Gedenk- und Begegnungsstätte eh. KGB-Gefängnis Potsdam" e.V.**